



Zur „Wege-zum-Kommunismus-Debatte“ in DER LINKEN

Roadmap zur wahren Lehre: Die Chimäre und das Eigentor der Gesine L.

[-Definition des Begriffes „Chimäre“, bitte hier klicken!-](#)

Wenn einer eine Reise tut, dann sollte er lieber auf das zweifelhafte Vergnügen verzichten, deutsche Fernsehprogramme anzuschauen. Die Nichtbefolgung dieser Auffassung habe ich damit bezahlt, dass ich während meines Urlaubes plötzlich CSU-Dobrindt hören musste, wie er über ein Verbot der Partei DIE LINKE schwadronierte, weil sich wohl irgendwer in unserer Partei dabei hat erwischen lassen, über „Wege zum Kommunismus“ nachzudenken.

Das konnte wohl nicht ganz ernst gemeint sein: DIE LINKE die sich schon mit der Programmdiskussion in Sachen „Demokratischer Sozialismus“ schwer tut, noch schwerer mit der „Klassenfrage“, soll sich jetzt auf einmal dem Kommunismus andienen, nachdem sie die ganze Zeit durch Personaldebatten und Selbstzerfleischung politisch mit angezogener Handbremse gefahren ist? Diese Debatte können wohl nur irgendwelche Sektierer vom Zaun gebrochen haben – aber wieso interessiert das Herrn Dobrindt?

Nach Deutschland zurückgekehrt, erfuhr ich dann, dass das Ganze aus der Feder unserer Genossin Löttsch stammt. Der Text in der jungen Welt, auf den sich die Kritik bezieht, ist mittlerweile hinlänglich bekannt.

<http://www.jungewelt.de/2011/01-03/001.php>

Ich will natürlich auch nicht verschweigen, dass ich die Art und Weise der Kritik, besonders wenn es darum geht, den Verfassungsschutz bundesweit DIE LINKE beobachten zu lassen, oder diese Partei gleich ganz zu verbieten, weil man ihr unterstellt, die Demokratie abschaffen zu wollen, unter aller Sau finde.

DIE LINKE ist schließlich nicht eine verschworene Gemeinschaft in irgendwelchen Hinterzimmern, sondern besteht aus politisch engagierten Aktiven und Parlamentariern, deren Wirken in der Öffentlichkeit von jedem klar nachvollziehbar ist.

Auf der anderen Seite könnte man schon danach fragen, wo die Verfassungstreue gewisser Politiker anderer Parteien geblieben ist, als sie den klar völkerrechtswidrigen Krieg gegen Jugoslawien vom Zaun gebrochen, AWACS-Einsätze über den Irak geflogen haben, und wie sich der Kriegseinsatz der Bundeswehr in Afghanistan eigentlich mit dem Grundgesetz verträgt.

Auch schreibt das Grundgesetz kein kapitalistisches Wirtschaftssystem vor, gleichwohl aber einen demokratischen Sozialstaat. Wie verträgt sich das dann eigentlich mit der haiderisierten FDP des Herrn Westerwelle, mit seiner Hetze gegen Bezieherinnen und Bezieher von HARTZ IV, wie verträgt sich das mit der Rente ab 67, bei der schon jetzt abzusehen ist, dass sehr viele Menschen mit geringen Löhnen, die gar nicht in der Lage sein werden, so lange zu arbeiten, in die Altersarmut getrieben werden? Sind die Äußerungen Herrn Sarrazins, der in Union, FDP und SPD über einen sehr ansehnlichen Fanclub verfügt, und der Rassismus und Sozialdarwinismus mit einer primitiven Vererbungslehre koppelt, nicht eigentlich verfassungsfeindlich?

Die Kapitalbourgeoisie und deren neoliberale Polit-Marionetten haben genug eigenen, verfassungsmäßig fragwürdigen Scheißdreck vor der Türe liegen, so dass sie sich zum Teufel scheren sollen, mit ihren Krokodilstränen zur Rettung der Demokratie vor den ach so bösen LINKEN. Das einzige, was sie wirklich wollen, ist die Demokratie zu Tode zu schützen, wie nicht nur die Schweinerei um Stuttgart 21 zeigt.

Den Gipfel der Niveaulosigkeit erreichen aber Unterstellungen wie von der „Hessischen/Niedersächsischen Allgemeinen“ betrieben, die vom „gemeinsamen Kommunismus“ Gesine Lötzschs mit der Ex-Terroristin Inge Viett und der DKP-Vorsitzenden Bettina Jürgensen schreibt, einem Kommunismus, „der weit in der Vergangenheit liegt, hinter einem riesigen Berg von Toten, Unfreiheit, Misswirtschaft und Zynismus. Hier liegt im Übrigen der wesentliche Unterschied zwischen SPD und LINKEN. Die einen gehörten zu den Opfern. Die anderen würden endlich gerne wieder Täter sein.“

Diese Art von Presseberichterstattung lebt von reiner Spekulation, denn es werden weder Überlegungen darüber angestellt, welche Auffassung Gesine Lötzsch vom Kommunismus und der Art und Weise, diesen zu erreichen, hat, oder sie dazu angemahnt, sich dementsprechend zu äußern, noch wird sich darüber Gedanken gemacht, wo Unterschiede zu den anderen genannten Personen liegen. Erst recht nicht wird sich mit der Mehrheitsmeinung zum Thema innerhalb der Partei DIE LINKE auseinander gesetzt, sondern ihnen kollektiv einen Wunsch nach Täterschaft in die Schuhe geschoben – wie arrogant muss man für so etwas eigentlich sein?

Über Kommunismus als philosophische Größe kann man reden, keine ernstzunehmende Demokratie in Europa würde das als Angriff auf ihre Verfassung sehen. Man kann über ihn reden als eine Art theoretische Gesellschaftsordnung, die Karl Marx als erstrebenswert und unabdingbar angesehen hat, in der im Idealfall Konsum- und Versorgungsgüter keine Waren mehr sind - der Warenfetisch also abgeschafft ist – in der es auch keine Lohnarbeit mehr gibt, und in der auch die Währung abgeschafft ist. Nur so könnte sich dann die angestrebte klassenlose Gesellschaft bilden.

Die von der Genossin Gesine Lötzsch in ihrer Eigenschaft als Parteivorsitzende der LINKEN angeschobene Kommunismus-Debatte halte ich jedoch für schädlich, noch schlimmer und kritikwürdiger finde ich aber vor allen Dingen, auf welche Weise, unter welchen Umständen und mit wem diese initialisiert und geführt wird:

Natürlich kann jeder mit jedem öffentlich über alles reden, ob es aber unserer Partei dienlich ist, wenn sich ihre Vorsitzende mit einer DKP-Vorsitzenden und einer Ex-RAF-lerin über Kommunismus unterhalten, wage ich, stark zu bezweifeln.

Auch die Überschrift „Wege zum Kommunismus“ unterstellt, dass es ein fertiges Konzept für eine kommunistische Gesellschaft gibt. Das ist aber Blödsinn, worauf man auch ganz leicht kommt, wenn man sich überlegt, wie es denn praktisch auszusehen hätte, in einem bestimmten Land auf der Erde, das üblicherweise von kapitalistischen Staaten umringt ist, Währung oder Lohnarbeit abzuschaffen.

Also ginge es – wenn man im Gegensatz zu mir der Meinung wäre, dass eine Kommunismus-Debatte in DER LINKEN überhaupt zu etwas gut sei – nicht nur darum, Wege zum Kommunismus zu finden, man müsste erst einmal den Kommunismus und seine Umsetzung als politisches Szenario(!) und nicht nur als philosophische Größe definieren.

Und hier ist natürlich selbstverständlich eine klare Abgrenzung nötig: Wie gesagt, Kommunismus ist durch Karl Marx definiert. Stalin hat daraus ein katastrophales und verbrecherisches Zombie-System gemacht aus einem in der Diktatur gegen das Proletariat stecken gebliebenen Staatskapitalismus und einer Funktionärsoligarchie der Bolschewiken. In diesem System ersetzte die Kommunistische Partei das bis zum Zeitpunkt derer vollen Machterhaltung komplett verspießbürgerte Proletariat, was ja ursprünglich nach der reinen Lehre der eigentliche Souverän sein sollte.

Deshalb sind die Lehren von Karl Marx als Instrumentarium der Gesellschaftsanalyse nach wie vor hervorragend, als Marxismus oder Ersatzreligion aber die totale Scheiße!

Das, was es u.a. in der ehemaligen UdSSR gab, ist m.E. weder als Sozialismus noch als Kommunismus zu bezeichnen, sondern entweder als Stalinismus und Poststalinismus oder als imperialistischer Nationalbolschewismus. Die viel beschworene „Internationale Solidarität“ ist vor diesem Hintergrund, der z.B. die militärische Niederschlagung des „Prager Frühlings“ durch das Sowjet-Regime hervorgebracht hatte, mehr als zynisch.

Eine Parteivorsitzende der LINKEN, die sich bei solch einer öffentlichen Debatte nicht zu Stalinismus und Poststalinismus äußert, schießt sich und ihrer Partei ein klares Eigentor.

Auch die Umwidmung des Terrorismus der RAF als „Widerstand von unten“ seitens von Frau Viett halte ich für kapitalen Schwachsinn. Letzten Endes waren diese Verbrechen alle kollektive Auswüchse von kranken Individuen. Politik oder gar die Klassenfrage lässt sich hieran nicht festmachen, sondern eine universalistische Egomane der Täter, über „gut“ und „böse“ entscheiden zu können, wie sie Faschisten ebenfalls haben. Bei der ganzen „Denke“, die hinter so etwas steckt, wundert es mich auch überhaupt nicht, dass Horst Mahler nach seiner RAF-Vergangenheit der NPD beigetreten ist. Gesinnungsmäßig ist das kein großer Wandel.

Frau Löttsch redet nun also von Wegen zu "dem" Kommunismus, ohne sich inhaltlich auf das zu beziehen, was Stalin, Mao oder auch der nordkoreanische Verbrecher daraus gemacht haben. Wenn sie "vom" Kommunismus und den Wegen dorthin redet, hat sie anscheinend ein festes Bild von dieser Gesellschaftsform und unterstellt expressis verbis, dass es diesen bereits in durchführbarer Form gibt. Die Wege dorthin will sie als LINKE in Regierung und Opposition (mit oder ohne Partietagsbeschluss???) dann alle ausprobieren und Bündnis 90 / DIE GRÜNEN sowie die SPD werden dann sagen: „Na klar, Liebe Gesine, wenn Du im Bundestag mal ein bißchen 'Weg-zum-Kommunismus' ausprobieren willst, lass' Dich von uns nicht stören, wir setzen uns derweil in die Lobby und essen einen Keks“.

Das geht völlig an der Realität unserer Partei vorbei, auch wenn sie nicht an der Regierung beteiligt ist.

Denn: Der „Demokratische Sozialismus“ und die an ihm orientierte Real- und Reformpolitik unserer Partei mit öffentlichem Beschäftigungssektor, der Forderung nach Wiederherstellung der Rente vor 67 Lebensjahren, der Forderung nach einem gesetzlichen Mindestlohn, der Forderung nach Abschaffung von HARTZ IV, sowie der Forderung nach Abzug der Bundeswehr aus Afghanistan auf der einen Seite und das Ausprobieren von „Wegen“ zu „dem“ Kommunismus auf der anderen Seite sind absolut zwei paar Schuhe. Das Zweite ergibt sich nicht zwangsläufig aus ersterem.

So schafft Gesine Löttsch im Namen des „Demokratischen Sozialismus“ eine Chimäre aus der Reformpolitik der Partei die LINKE, die sie aus der Geschichte der Partei völlig zutreffend ableitet, und die sie auf die radikalhumanistischen Ideale von Rosa Luxemburg zurückführt auf der einen Seite und dem Kommunismus, nach dessen Wegen sie suchen will, ohne ihn selbst näher zu definieren auf der anderen Seite. Sie formuliert nicht einmal Ansätze für einen Übergang dorthin, wie das z.B. Marxisten-Leninisten tun, indem sie von der „Diktatur des Proletariats sprechen“ oder wie es die Eurokommunisten besonders vor 1989 getan haben mit der Aussage, dass die Realisierung des Kommunismus auf demokratische Weise geschehen soll.

Im weiteren Verlauf der Diskussion in Partei und vor der Presse rudert sie dann ja auch wieder zurück, indem sie beteuert, dass sie weder Kommunistin sei, noch vorhabe, in die Kommunistische Plattform einzutreten, sie könne sich den Kommunismus auch gar nicht vorstellen. Trotzdem nimmt sie nicht zurück, nach Wegen dorthin zu suchen und diese Suche zum Parteiziel zu erklären. Wieviel Schizophrenie verträgt der Mensch eigentlich???

Dieses Herumgeeiere lässt einen klaren Standpunkt zum Kommunismus vermissen, hier wurde eine Debatte angefangen, um DIE LINKE aus ihrer seit der Kapitalismuskrise eingetretenen politisch-inhaltlichen Langeweile herauszubringen, ohne sich mit Inhalten und Konsequenzen persönlich und umfassend zu beschäftigen oder sich auch zu fragen, mit welchen Menschen man so eine Politik an die Öffentlichkeit zu bringen will, und was das für Auswirkungen auf die Wahlkämpfe in diesem Jahr haben wird.

Denn ziemlich sicher ist, dass die Mehrheit der Mitgliedschaft unserer Partei, das Finden von Wegen zum Kommunismus nicht als Parteiziel ansieht – dazu braucht man kein Prophet zu sein!

Die Frage bleibt: Will den Kommunismus überhaupt jemand? - auch wenn die Kapitalismus-Krise deutlich macht, dass Kapitalismus und Kapitalbourgeoisie mitsamt ihrer schwarz-gelben Polit-Marionetten längst am Ende ihres Lateins sind?

Meines Erachtens kann es langfristig nur einen demokratischen, von der Bevölkerungsmehrheit bzw. Proletariat getragenen Prozess geben, in dem ein dritter Weg eingeschlagen wird, auf jeden Fall jenseits von Kapitalismus und (Post-)Stalinismus. Dieser ergebnisoffene Prozess kann und muss durch das beharrliche Stellen der Klassenfrage angeschoben werden. Im Verlauf desselben wird man sich auch der Methodik gesellschaftlicher Analysen von Karl Marx bedienen.

Anschieben kann und muss das Ganze unter anderem unsere Partei, und zwar sowohl durch ihre praktische Politik als auch durch die öffentliche Debatte (Willensbildung der Bevölkerung, s.GG), zuvor muss sich unsere Partei darüber aber erst einmal selbst klar werden!

Denn: Die Kapitalismus-Krise, die ihr bisheriges Hoch in den Jahren 2008/2009 erlebte, ist natürlich überhaupt nicht aus der Welt geschafft, nur sind durch die Bankenrettungsschirme die Steuerzahler in Haftung und Pflicht genommen worden, letzten Endes mit ihrer Arbeitskraft für das Funktionieren des internationalen Waren- und Geldhandels zu sorgen. Europaweit sieht das so aus, dass die Wirtschaft in Deutschland wieder brummt, weil die für die EU destabilisierende aber hohe Kapitalrenditen sichernde Exportpolitik der deutschen Bundesregierung noch im Vergleich zu der Zeit vor der Krise verstärkt wird, und sich Teflonpfanne und Klein-Napoleon die EU wirtschafts- und machtpolitisch untereinander aufteilen.

Irland, Griechenland, Spanien und Portugal sind hier willkommene Krisenszenarien, um über weitere „Rettungspakete“ Bedingungen stellen zu können, damit diese Länder ihre Sozialsysteme abschaffen und den öffentlichen Dienst privatisieren und weitere Steuergelder direkt in die Banken und auf die Börse geschaufelt werden können.

Dass die Stabilität der EU eine durchaus endliche Größe ist, kommt den beteiligten schwarz-gelben Polit-Hasardeuren ebenso wenig in den Sinn, wie die Tatsache, dass die USA praktisch zahlungsunfähig sind. Welche Folgen wird das eigentlich für internationale Währungs- und Wirtschaftssysteme haben, bzw. für uns alle?

Die Krise ist also trotz brummender deutscher Wirtschaft auf Pump hochvirulent, und unsere schwarz-gelbe Regierung atomisiert sich währenddessen.

Was hat unsere Partei aber seit der Krise seit 2008/2009 gemacht? Sie hat das damalige Hoch der Kapitalismus-Krise mehr oder weniger verpennt, zu Zeiten, in denen CSU-Beckstein vom „Scheitern des Kapitalismus“ sprach und in CSU und SPD das Wort „Verstaatlichung“ dutzendfach bemüht wurde. Ich erinnere mich auch noch gut an eine Karikatur, die einen im Bett liegenden und schlafenden Funktionär DER LINKEN zeigt, der von seiner Frau geweckt wird mit den Worten, „Schatz wach auf – Sie haben den Kapitalismus abgeschafft“. Danach war die Partei sehr mit sich selbst beschäftigt, es gab so gut wie keine politisch-inhaltliche Debatte, so dass es für die interessierte Mitgliedschaft, Sympathisanten und teilweise auch die geneigte Presse sehr langweilig wurde.

Jetzt auf einmal bläst aber Gesine Löttsch das Halali zur Großwildjagd auf den Kommunismus und damit den Demokratischen Sozialismus zum Popanz auf, was dieser wirklich nicht verdient hat. Es geht ihr offensichtlich um die Erzielung eines Effekts, was menschlich nicht verwerflich ist, politisch geht der Schuss aber nach hinten los, weil die intellektuelle Tiefe und der Grad der politisch-inhaltlichen Ausarbeitung, die unsere Genossin Löttsch dabei für so ein prinzipielles Thema an den Tag legt, ungefähr genauso erfolgversprechend ist wie der Versuch, eine französische Zwiebelsuppe auf einem flachen Pizzateller zu servieren.

Wie schaut es nun aus mit unserer Partei und dem erforderlichen dritten Weg?

An innerparteiliche Kritiker Gesine Löttschs muss klar gesagt werden, dass DIE LINKE als sozialromantisch aufgebrezelte Nostalgie-SPD mit unerschütterlichem Glauben an die Vollbeschäftigung in einem geläutertem Kapitalismus natürlich ebenso wenig funktioniert und wünschenswert ist, wie als sektiererische Ersatz-K-Partei.

Deshalb muss DIE LINKE als ersten Schritt die Frage nach Verantwortung und Legitimation von Privateigentümern an Produktionsmitteln, an Banken, Großkonzernen und auch großer Grundstücke und Immobilien (wegen der Begrenztheit an existenziell notwendigen Wohnraum) stellen, sowie die Demokratisierung von Wirtschaft und Staat mit Volksabstimmungen und dem BürgerInnenhaushalt vorantreiben. Wenn sie das konsequent tut, unterscheidet sie sich deutlich von der SPD und schafft sich selbst die Strukturen, um politische Vorstellungen für die Menschen erlebbar zu machen und ihnen zu zeigen, dass diese in einem demokratisierten Staat auch umsetzbar sind.

Zuvor tritt sie ja schon für die Wiederherstellung und den Ausbau der öffentlichen Daseinsvorsorge, für die solidarische Bürgerversicherung und die Abschaffung von HARTZ IV, sowie der Rente mit 67, ein. Auch hat sie klare Vorstellungen zur Geld- und Kreditwirtschaft. Ab hier ist bereits die Klassenfrage zu stellen und auch eine Antwort zu finden!

Im zweiten Schritt muss die Frage nach Verantwortung und Legitimation der Lohnarbeit gestellt werden und der Sozialstaat auf das Menschenrecht bezogen werden, anstatt auf den Gedanken der Wohlfahrt. Also weit mehr als die völlig berechnete Mindestlohn-Debatte oder die Debatte über das bedingungslose Grundeinkommen.

Wenn diese beiden Schritte in breiter öffentlicher Auseinandersetzung angeschoben sind, werden große Teile der Bevölkerung sich dafür oder auch dagegen beziehen. Es verbleiben dann jedenfalls eine ausreichend große Zahl an Menschen, die dazu bereit sind, sich über eine demokratisch zu entwickelnde Systemalternative aktiv Gedanken zu machen, und zwar auf dem Boden des Grundgesetzes.

Die politisch aktive Bevölkerung wird dann auch mit Altstalinisten keinerlei Gemeinsamkeiten haben und schon selbst darauf kommen, ob man dieses neue System als Sozialismus, als sozialistische Übergangsgesellschaft, mit einem völlig anderem Begriff oder sogar als Kommunismus bezeichnet. Das ist letztlich auch völlig wurscht. Es wird auch genügend Leute geben, die uns wählen und auch mit ihrer Aktivität unterstützen werden.

Es gibt also zahlreiche Möglichkeiten für DIE LINKE, qualitativ und quantitativ zu wachsen, und es besteht gar keine Notwendigkeit, sich auf mehr oder weniger exklusiven Veranstaltungen irgendwelchen selbst ernannten Avantgarden anzudienen, die oft genug nur Irrungen und Wirrungen der Vergangenheit incarnieren.

Also: Keine Suche von Wegen zum Kommunismus oder Tragen von Monstranzen, keine Anbetung von Götzenbildern oder sonstigen politisch Untoten, sondern das Anschieben einer breiten gesellschaftlichen Debatte über die Notwendigkeit, auf breitester gesellschaftlicher Ebene eine Systemalternative zu entwickeln, neben der Politik, die die Partei ohnehin schon macht, nur einfach alles noch erheblich besser! - Das ist möglich, soviel Optimismus muss sein!

(Dieter Stolpe, 12.01.2011)